Ausgabe für Groß-Berlin

10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 1. Juni 1928
Freitag Abend

Chefredakteur. Dr. Fritz Klein Schriftleitung und Verlag Berlin SW 68, Ritterstraße 50. Fernsprecher: A 7, Amt Dönhoff 9357—8949. Postscheck Berlin Nr. 107941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich Monatl. Bezugspreis 4.35 R.-M in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen
Das Unterhaltungsblatt • Das neue Buch
Kraft und Stoff • Weltverkehr
Wirtschaft und Recht

Bankkonto: Darmstädter und Nationalbank. Depositenkasse Berlin SW 68, Friedrichstraße 46. Bei unverschuldeter Nichtlieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0.45 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif

67. Jahrgang
Nr. 252
1. 6. a
10 Pfennig

Zum Tage

Die deutsche Delegation für die Juni-Tagung des Völkerbundsrates unter Führung von Staatssekretär v. Schubert wird am heutigen Freitag abend gegen acht Uhr Berlin verlassen.

★

An Stelle Briands wird Paul-Boncour Frankreich auf der Völkerbundstagung vertreten.

★

Primo de Rivera und der deutsche Botschafter haben im Ministerium des Äußeren das im vergangenen Dezember in Berlin parafierte deutsch-spanische Luftfahrtabkommen unterzeichnet.

★

Der österreichische Bundeskanzler wird seinen Urlaub auf einer Reise nach Ägypten und Palästina verbringen.

★

Der bisherige italienische Gesandte in Belgrad, Giovanni Bonerra, hat König Alexander seinen Abschiedsbesuch gemacht. Sein Nachfolger wird Galli sein.

★

Die Lokalbahnen im Kanton erhoben vom 1. Juni ab einen 20prozentigen Zuschlag auf den bisherigen Tarif.

Ganz ähnlich wie französische Zeitungen der Rechten haben auch namhafte bürgerliche Blätter der Schweiz den Wahlsieg der Sozialdemokraten in Deutschland begrüßt. Mit diesen rechnet das „Berner Tagblatt" ab. Es schreibt: „Billig ist auch die Begeisterung einiger Nachbarn Deutschlands über das Anschwellen der roten Flut, die kaum merklich gestillt wird durch das symptomatische Ansteigen der kommunistischen Stimmen. Es gibt auch in der Schweiz Leute, die sonst Zeter und Mordio schreien, wenn es um ihren eigenen Kirchturm herum rüttelt, aber heute mit verzückten Augen das Heil des Völkerbundes vom roten Kurs in Deutschland erwarten. Es geht eben nichts über die Kontrastwirkung! Hat man vergessen, wie sehr die schweizerische Sozialdemokratie von der deutschen sei jeder geistig gefüttert worden ist, und glaubt man bei uns im Ernst an eine gedeihliche Entwicklung von Deutschland im besonderen und der Welt im allgemeinen, solange verdorrender Marxismus und aufprotzender Leninismus trotz scheinbar offener Fehde innerlich geschlossen an der Zertrümmerung des bürgerlichen Deutschlands arbeiten können? Die sogenannten Mittelstandsparteien haben geglaubt, etwas ungeheuer Gescheites zu tun mit eigenen Listen. Sie erfreuen sich vorerst einiger äußerer Erfolge. Leider übersehen sie dabei die Schwächung, die sie durch Stimmenverluste und eigene Divergenzen der Gemeinsamkeitsidee beigefügt haben. Wenn z. B. dreierlei Nuancen Landwirte auftauchen, so haben zwar die Landwirte die Genugtuung, vertreten zu sein, aber sie sind praktisch zur Ohnmacht verurteilt, weil die Linke sie jederzeit mühelos überstimmen kann. Die deutsche Problemstellung läuft heute auf die Formel hinaus: Staatssozialismus in Reinkultur. Wer dafür eintritt, arbeitet für den Kommunismus. Wer dagegen ist, denkt bürgerlich, habe er nun ein gleich welcher Art bestiftetes Obergewand. Teilfrage machen Gewählten und Wählern Freude. Für den Kern des politischen Kurses sind sie in der jetzigen Konstellation des Reichstages bedeutungslos."

Finnischer Hafenarbeiterstreik

y. **Kopenhagen**, 1. 6. (Eigenbericht)

Die Gewerkschaft der finnischen Hafenarbeiter beschloß, vom 2. Juni an zu streiken. Der Streikbeschluß gilt für 12 000 Arbeiter in 29 finnischen Häfen. Der Streik, der im Augenblick sehr unangenehm empfunden wird, ist hervorgerufen worden durch die Nichterfüllung einer Lohnerhöhungsforderung der Arbeiter der finnischen Stevedoren.

Neue Normen für den Religionsunterricht in Südtirol

Außerhalb der Schule darf der Unterricht deutsch sein

fr. **Mailand**, 1. 6. (Eigenbericht)

Auf Weisung Mussolinis an den Unterrichtsminister hat die Oberschulbehörde in Trient für den Religionsunterricht in Südtirol neue Normen herausgegeben. Dieser soll vom kommenden Schuljahr ab für alle Klassen bis zum Jahre 1931, soweit es bisher nicht geschah, in italienischer Sprache erfolgen. Die Übergangsbestimmungen für die nächsten zwei Jahre, die in der Provinz Bozen nach gleichem werden in den Gemeinden von Neumarkt, die zur Provinz Trient gehören, nicht zugelassen. Den geistlichen Aufsichtsbehörden wird die Entscheidung zur Kenntnis gebracht und dabei der Erwartung Ausdruck gegeben, daß sie begreifen, daß auf diese Weise eine beschleunigte praktische Umwandlung im Religionsunterricht erfolgt. Die Regierung würde es gern sehen, daß der Katechismusunterricht in der Kirche den Religionsunterricht in der Schule nach den eigenen und besonderen Bedürfnissen des Kultus ergänzen möge, wobei zugestanden wird, daß der Religionsunterricht in der Schule und der Katechismusunterricht des Pfarrers in der Kirche in ihren besonderen Zielen nicht vollkommen übereinzustimmen brauchen, mit anderen Worten:

Die Unterrichtsbehörde drückt den Wunsch aus, daß der Religionsunterricht in der Schule durch den Pfarrunterricht ergänzt wird, d. h. der Religionsunterricht außerhalb der Schule darf deutsch sein. Die notwendige und logische Konsequenz dieses Erlasses dürfte wohl die sein, daß der Privatunterricht in deutscher Sprache allgemein nicht mehr verfolgt werden wird, sondern ebenso wie der Katechismusunterricht in der Kirche von den staatlichen Behörden geduldet werden wird.

Die Verhandlungen über den Kelloggpakt

fs. **Paris**, 1. 6. (Eigenbericht)

Die Rede Coolidges in Gettysburg zeigt, daß die Verhandlungen über den Kellogg-Pakt fortgeführt sind, wie man wohl schon heute sagen kann, zu einem positiven Abschluß gebracht werden dürften. Freilich ist es nicht so, wie der „Matin" es darzustellen sucht, daß Frankreich und die Vereinigten Staaten einig seien, während England durch die Formel der Monroe-Doktrin die Verhandlungen störe. Diese offenbare Richtung gegen England ist keineswegs als die der offiziellen französischen Politik anzusprechen, die vielmehr, wie schon mitgeteilt, der Fortführung der Verhandlungen mit großen Hoffnungen entgegensieht.

Aus der englischen Antwortnote lassen sich leicht Rechtfertigungen für das französische Bündnissystem herausschälen und selbst, wenn die Amerikaner, woran man nicht zu zweifeln braucht, nicht gewillt sind, nach dieser Richtung größere Konzessionen zu machen, wird man gleichwohl die Formel zu finden sich bemühen und sogar auch bemühen müssen, die dem französischen Standpunkt und der französischen Machtstellung Rechnung trägt. Wie schon mitgeteilt, nimmt die französische Politik eine abwartende Haltung ein, um so mehr als es wahrscheinlich wird, daß der nächste Schritt der Amerikaner, allerdings erst, nachdem die Stellungnahme der englischen Dominien bekanntgemacht ist, in einer neuen an Frankreich gerichteten Note bestehen wird. Die Antwort Coldans, des Direktors der Abrüstungsabteilung des Völkerbundes in Paris, gibt übrigens der französischen Politik Veranlassung, die Abhängigkeit der Abrüstungsvon der Sicherheitsfrage erneut zu unterstreichen. Frankreich hat keineswegs die Absicht, die in Genf verfolgte Friedenspolitik etwa hinter der von Kellogg angeregten in den Hintergrund drängen zu lassen.

Was die Rheinlandfrage anbetrifft, so kann festgestellt werden, daß hier niemand daran denkt, das Rheinland ohne Gegenleistungen zu räumen, lediglich um eines moralischen Gewinnes willen, und daß solche Gedankengänge, wie sie neuerlich wieder in einem „Vorwärts"-Artikel ausgesprochen sind, hier auf keinerlei Verständnis stoßen. Die Gruppierungen in der Rheinlandfrage sind etwa auf folgende drei Auffassungen zurückzuführen: die ersten sind der Meinung, daß das Rheinland nur gegen Sicherheiten im Osten geräumt werden dürfe, im Mittelpunkt der Gedankengänge der zweiten, an deren Spitze Paul-Boncour steht, erscheint der Gedanke der „elements stables", die dritten schließlich fordern finanzielle Entschädigungen, die von den französischen Finanzen sehr dankbar empfunden werden würden. Wie aber solche finanziellen Entschädigungen bereitgestellt werden könnten, darüber weiß niemand Auskunft zu geben, so daß auch die französische Seite das Empfinden von der Undurchführbarkeit dieses Planes eigentlich haben müßte. Dafür, daß in der Rheinlandfrage irgendwelche Annäherung des französischen an den deutschen Standpunkt möglich wäre, gibt es keinerlei Anhaltspunkte. Dagegen sehr viele für das Gegenteil.

Deutsch-französische Wirtschaftsverhandlungen

eb. **Paris**, 1. 6. (Eigenbericht)

Die kürzlich in Berlin begonnenen deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen werden gegenwärtig in Paris weitergeführt. Eine deutsche Delegation unter Leitung des Ministerialdirektors Posse ist vor einigen Tagen hier eingetroffen und hat gestern zum ersten Mal mit dem Handelsminister Bafarowski und den Mitgliedern der französischen Delegation Fühlung genommen. Die Verhandlungen betreffen die Umwandlung des provisorischen Handelsabkommens in einen definitiven Vertrag.

Loucheur und Oberkirch

eb. **Paris**, 1. 6. (Eigenbericht)

Der offiziöse „Petit Parisien" weiß zu berichten, daß der ehemalige Minister Loucheur im gestrigen französischen Kabinettsrat zum Nachfolger des ausscheidenden Arbeitsministers Fallières endgültig ausersehen wurde. Wie bereits berichtet, ist der Gedanke der Einrichtung eines selbständigen Luftfahrtministeriums aufgegeben worden. In Verbindung mit dem Arbeitsministerium soll ein Unterstaatssekretariat für das Flugwesen geschaffen werden. Bei der Frage der Besetzung dieses Postens ist die Wahl der Regierung auf den französischen Abgeordneten Oberkirch gefallen, der bei der rechtsstehenden Marin-Gruppe eingeschrieben ist. Die offizielle Bekanntgabe der Ernennung Loucheurs und Oberkirchs wird nach ihrer Bestätigung durch den Präsidenten der Republik erfolgen.

Die Endkämpfe südlich Peking

Letzte Widerstandsversuche Chang Tso-lins

sx. **London**, 1. 6. (Eigenbericht)

Die Meldungen über China gehen wieder auseinander. Nach japanischen Meldungen hat Marschall Chang Tso-lin beschlossen, Peking aufzugeben und sich nach der Mandschurei zurückzuziehen. Japan erwarte die Besetzung Pekings durch die Südarmee in wenigen Tagen. Gegenüber diesen Meldungen liegen jedoch Nachrichten aus Peking vor, wonach Chang Tso-lin erst gestern abend den holländischen Gesandten als Doyen des diplomatischen Korps aufsuchte und ihm mitteilte, daß er die Stadt halten werde. Er werde eine Verteidigungslinie besetzen lassen, die von Liulihe, 30 Kilometer südlich von Peking, nach Wanchang, 70 Kilometer südlich von Tientsin, laufe.

Die Besetzung dieser Linie scheint jedoch für Marschall Chang Tso-lin nicht mehr möglich zu sein. Aus Schanghai wird gemeldet, daß das VIII. mandschurische Armeekorps gemeutert habe und daß es daher dem „christlichen" General Feng möglich gewesen sei, die Front bei Kofiensu, nordöstlich Paotingfu, zwischen den Bahnen Peking—Hankau und Tientsin—Tinanfu, zu durchstoßen. Die Vorschläge des Generals Feng sollen sich bereits bis auf 25 Kilometer von Tientsin genähert haben. Da Tientsin von den ausländischen Truppen in Verteidigungszustand gesetzt ist, so wird General Feng nicht auf Tientsin marschieren, sondern beabsichtigt, es westlich zu umgehen, um zunächst den Eisenbahnverkehr auf der Peking—Tientsin-Eisenbahn stillzulegen und damit den Truppen Marschall Chang Tso-lins die Eisenbahnverbindung nach Mukden abzuschneiden.

★

Tsingtau, 1. 6.

Der Kommandeur der 3. japanischen Division General Jasumitsu, der hier in der vergangenen Woche von den Nordtruppen, ohne einen Zeitpunkt festzusetzen, verlangt hatte, sich sieben Meilen von der Stadt zurückzuziehen, hat gestern an die chinesischen Generäle ein Ultimatum gerichtet, in dem er sie auffordert, die Stadt bis zum 4. Juni spätestens zu räumen. Alles läßt darauf schließen, daß das Ultimatum erfüllt wird.

Neues Flugplatzangebot des Berliner Magistrats

Der Berliner Magistrat beschloß in seiner heutigen außerordentlichen Sitzung, dem Reichsverkehrsministerium, das eine endgültige Entscheidung der Stadt bis zum Donnerstag der kommenden Woche verlangt hatte, ein neues Gelände in Aussicht für die Verfuchsanstalt für Luftfahrt anzubieten. Dieses Gelände, das westlich der Butzower Chaussee gelegen ist, hat eine Größe von 154 700 qm und einen Durchmesser von 1000 Meter. Die Kosten des Geländes, zu diesem Abrundung Neuerwerbungen nötig sind, stellen sich für die Stadt um rund zwei Millionen teurer, als das dem früher in Witz vorgeschlagene Fluggelände. Die Stadt muß außerdem die Planierung und Einrichtung des Flugplatzes, sowie dessen Unterhaltung übernehmen. Bereits in der am Dinstag stattfindenden Stadtverordnetensitzung wird über die Magistratsvorlage entschieden werden.

---

kn. **Duisburg**, 1. 6. (Eigenbericht)

Die gestern in Köln unter Vorsitz des Oberregierungsrates Grabein vom Reichsarbeitsministerium abgehaltenen neuen Einigungsverhandlungen im Rheinisch-Westfälischen Gewerbe sind wiederum gescheitert. Es besteht die Möglichkeit, daß nunmehr angesichts der langen Dauer des Streiks und seiner Rückwirkungen auf das Wirtschaftsleben das Reichsarbeitsministerium im öffentlichen Interesse von Amts wegen ein Schlichtungsverfahren einleitet.

Abschluß des Bergarbeiterkongresses

Konferenz zur Prüfung der Arbeitszeitfrage

eb. **Paris**, 1. 6. (Eigenbericht)

Der während der letzten Tage in Nimes stattgefundene internationale Bergarbeiterkongreß hat gestern abend seinen Abschluß gefunden. Als einer der letzten Redner sprach der Generalsekretär der französischen freien Gewerkschaften, Jouhaux, der bei seinen Ausführungen insbesondere auf die bestehenden und sozialen Gegensätze hinwies und die Notwendigkeit einer engeren internationalen Zusammenarbeit der Gewerkschaften unterstrich. Der Resolutionsausschuß unterbreitete eine Entschließung, die durch den Kongreß einstimmige Annahme fand. Der von dem Engländer Cook vertretene Standpunkt sich von Peking, nach Wanchang, 70 Kilometer südlich von Tientsin, laufe.

Die Besetzung dieser Linie scheint jedoch für Marschall Chang Tso-lin nicht mehr möglich zu sein. Aus Schanghai wird gemeldet, daß das VIII. mandschurische Armeekorps gemeutert habe und daß es daher dem „christlichen" General Feng möglich gewesen sei, die Front bei Kofiensu, nordöstlich Paotingfu, zwischen den Bahnen Peking—Hankau und Tientsin—Tinanfu, zu durchstoßen. Die Vorschläge des Generals Feng sollen sich bereits bis auf 25 Kilometer von Tientsin genähert haben. Da Tientsin von den ausländischen Truppen in Verteidigungszustand gesetzt ist, so wird General Feng nicht auf Tientsin marschieren, sondern beabsichtigt, es westlich zu umgehen, um zunächst den Eisenbahnverkehr auf der Peking—Tientsin-Eisenbahn stillzulegen und damit den Truppen Marschall Chang Tso-lins die Eisenbahnverbindung nach Mukden abzuschneiden.

★

Tsingtau, 1. 6.

Der Kommandeur der 3. japanischen Division General Jasumitsu, der hier in der vergangenen Woche von den Nordtruppen, ohne einen Zeitpunkt festzusetzen, verlangt hatte, sich sieben Meilen von der Stadt zurückzuziehen, hat gestern an die chinesischen Generäle ein Ultimatum gerichtet, in dem er sie auffordert, die Stadt bis zum 4. Juni spätestens zu räumen. Alles läßt darauf schließen, daß das Ultimatum erfüllt wird.

Neues Flugplatzangebot des Berliner Magistrats

Der Berliner Magistrat beschloß in seiner heutigen außerordentlichen Sitzung, dem Reichsverkehrsministerium, das eine endgültige Entscheidung der Stadt bis zum Donnerstag der kommenden Woche verlangt hatte, ein neues Gelände in Aussicht für die Versuchsanstalt für Luftfahrt anzubieten. Dieses Gelände, das westlich der Butzower Chaussee gelegen ist, hat eine Größe von 154 700 qm und einen Durchmesser von 1000 Meter. Die Kosten des Geländes, zu diesem Abrundung Neuerwerbungen nötig sind, stellen sich für die Stadt um rund zwei Millionen teurer, als das dem früher in Witz vorgeschlagene Fluggelände. Die Stadt muß außerdem die Planierung und Einrichtung des Flugplatzes, sowie dessen Unterhaltung übernehmen. Bereits in der am Dinstag stattfindenden Stadtverordnetensitzung wird über die Magistratsvorlage entschieden werden.

Wann kommt das Gesetz über die Frankenstabilisierung?

Von

Georges Bonnet,

ehemaligem französischen Minister der Finanzen

Von neuem laufen die Gerüchte über die Stabilisierung umher, diesmal allerdings im Zusammenhang mit bestimmten Angaben. Die Entscheidung über das Stabilisierungsgesetz wird für den Ausgang des Monats Juli von den Journalisten angesagt, die sich einen offiziösen Anstrich geben. Aber es liegt auf der Hand, daß diese Behauptungen in das Reich der Phantasie gehören.

Man muß das ganze Problem, so wie es sich heute zeigt, mit besonderer Vorsicht untersuchen. Zunächst ist die Tatsache, daß die Wahlen stattgefunden haben, zu berücksichtigen: sie haben in der Kammer eine mäßige Mehrheit gebracht, die eine erhebliche, zur Durchführung einer Finanzreform notwendige Regierungsmehrheit sichern dürfte. Das andere neue Moment ist der außerordentliche Erfolg der Konsolidierungs-Anleihe, durch die in wenigen Tagen 10 Milliarden Franken neuer Mittel aufgebracht wurden. Auf Grund dieses Erfolges hat man die Anleihe geschlossen, ausgenommen für Zeichnungen in Form von Bons oder Staatswerten, die man konsolidieren oder einzuziehen trachtet. Diese 10 Milliarden sind nicht für das Schatzamt, das ja durchaus nicht benötigt, bestimmt, sondern sie werden zum Abdecken einer neuen Tranche der Vorschüsse verwendet, die die Bank von Frankreich dem Staat gewährt hat.

Warum hat die Regierung bei der Anleihe die Höchstsumme der Barzeichnungen auf zehn Milliarden und nicht auf eine höhere Grenze festgesetzt? Warum hat sie im Entwurf die Begebungen der französischen und internationalen Kapitalisten gezogelt? Die Erklärung ist einfach: Genau zehn Milliarden beträgt die Summe, die dem Schatzamt die fast vollständige Befreiung seiner Verpflichtungen der Bank von Frankreich gegenüber gestatten wird, wenn sie bei dem augenblicklichen Franken-Kurs stabilisiert wird. In der Tat schuldet der Staat der Bank von Frankreich die ungefähre Summe von 30 Milliarden, die zu einem Zeit- und unmittelbaren dem Schatzamt gegebenen Vorschüssen und, was den rechtlichen Teil betrifft, aus während des Krieges Mißbrauch geworden, wo Frankreich garantierten Anleihen bestehen. Von dem Anleiheerlös können zehn Milliarden abgedeckt werden, so daß 20 Milliarden verbleiben. Diese 20 Milliarden würden also bei einer Stabilisierung zum gegenwärtigen Kurs bezüglich sein. Der Barbestand der Bank von Frankreich beläuft sich in der Tat auf 25 Milliarden Goldfranken. Die Stabilisierung zum augenblicklichen Kurs würde dem Franken einen neuen gesetzlichen Wert geben, der den fünften Teil des Vorkriegswertes beträgt. Die 4½ Milliarden Barbestand würden nunmehr als 22½ Milliarden in der Bilanz erscheinen. Im Augenblick der Stabilisierung müßte eine Vereinbarung zwischen der Bank von Frankreich und dem Staat zur Verwendung dieses Wertzuwachses geschlossen werden. Es wird das, wie es in Belgien und Italien geschehen ist, Sache des Staates sein.

Die schon durch den Anleihevertrag von 30 Milliarden und 20 Milliarden verringerte Staatsschuld würde somit noch um weitere 18 Milliarden verkleinert. Sie würde sich also nur auf zwei Milliarden Papierfrancs belaufen, eine absolut normale, dem tausenden Bedarf des Schatzamtes entsprechenden Zahl. Die Tatsache, daß den Regierung sich zur Festsetzung einer Höchstgrenze von 10 Milliarden für die Zeichnungen in neuem Gelde bei der

Abschluß der Pulsnitzer Ostermesse

Die Pulsnitzer Ostermesse ist am Donnerstag abend geschlossen worden. Die Besucherzahl ist gegenüber der Vorjahrsmesse etwas gestiegen. Der Umsatz ist nach den Feststellungen der Messeleitung gegenüber der Vorjahrsmesse um 10 bis 15 Prozent gestiegen. Die Ausstellung der Pulsnitzer Spielwaren-Industrie hat sich wieder als Anziehungspunkt für die Einkäufer aus dem In- und Ausland erwiesen.

Die Polarflieger bei Hindenburg

Der Reichspräsident empfing Freitag vormittag die beiden Polarflieger Wilkins und Eielson. An dem Empfang nahmen der amerikanische Botschafter Schurman, der britische Geschäftsträger Banken sowie Staatssekretär Dr. Meißner teil. Der Reichspräsident begrüßte die Flieger zu ihren Leistungen und ließ sich über die Ergebnisse ihres Fluges eingehend unterrichten. Am Schluß der halbstündigen Unterredung sprach Reichspräsident von Hindenburg den Wunsch aus, daß den beiden Fliegern noch weitere ähnliche Erfolge beschieden sein möchten.

Amundsen wird Nobile suchen

tn. **Oslo**, 1. 6. (Eigenbericht)

Roald Amundsen hat seine in der Unterredung mit Ihnen Korrespondenten ausgesprochene Bereitwilligkeit, an der Rettungsaktion für die Besatzung der „Italia" tätigen Anteil zu nehmen, in die Tat umgesetzt. Ein von ihm unternommener Versuch enthält genaue Angaben darüber, in welcher Weise die Nachforschungen nach den Vermißten angestellt werden sollen. Die Geschwader-Dienste gestellt hatte und dem in der Hauptsache die gleiche Rückkehr Amundsens und seines Begleiters nach Spitzbergen zu verdanken war.

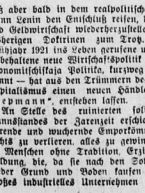
(Siehe Seite 3)

Die „Nepleute" und ihre Kultur

Von unserem Berichterstatter

Moskau, Ende Mai

Nachdem der Kriegskommunismus den alten russischen Kaufmannsstand ebenso rücksichtslos exproprietiert hatte wie die übrigen besitzenden Schichten, wähnte die Arbeiterschaft, der Menschentyp des Händlers wäre für immer aus der Weltgeschichte ausgelöscht. Die Unzulänglichkeit der „Sozialisierung des Handels"



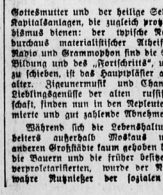
Die Gesichter des neuen Reichtums

ließ aber bald in dem realpolitischen Staatsmann Lenin den Entschluß reifen, die Waren- und Geldwirtschaft wiederbeizufassen — allen bisherigen Doktrinen zum Trotz. Die im Frühjahr 1921 ins Leben gerufene und seitdem beibehaltene neue Wirtschaftspolitik — Nowaja Ekonomitschiskaja Politika, kurzweg „Nep" genannt — hat aus den Trümmern des zerstörten Kapitalismus einen neuen Händlertyp, den „Nepmann", entstehen lassen.

An Stelle des ruinierten soliden Kaufmannsstandes der Zarenzeit erschienen spekulierende und wuchernde Emporkömmlinge, die nichts zu verlieren, alles zu gewinnen hatten — Menschen ohne Tradition, Erziehung und Bildung, die, da sie nach den Sowjetgesetzen weder Grund und Boden kaufen noch ein großes industrielles Unternehmen begründen dürfen, im wesentlichen darauf bedacht sind, rasch Geld zu verdienen und es ebenso rasch wieder in Lebensgenuß umzusetzen. Ohne den Spartrieb des ersten Kapitalisten, ohne Sorgen für die wirtschaftliche Zukunft lebt dieser verantwortungslose Händlertyp ganz der Konjunktur des Augenblicks. Gehetzt durch politischen Druck und die drakonischen Strafen der Klassenjustiz strebt er danach, durch die Maschen der Sowjetgesetzgebung hindurchzuschlüpfen, skrupellos so viel Geld zu verdienen wie möglich und ebenso skrupellos es sofort in vergängliche Lebensfreuden umzusetzen, ehe der Arm der proletarischen Gerichtsbarkeit ihn doch erfaßt und er den Rest seiner Tage in dem grauen Einöden Sibiriens verbringen muß.

Die Häßlichkeit und Minderwertigkeit aller Inflationsgewinnler der Welt verdankt gegenüber der barbarischen Schroffheit der Sowjetstaates dieser vulgären Typen aus den Niederungen der Gesellschaft, die es dank ihrer massiven Brutalität und seelenlosen Gegenwartsfreude fertig bringt, an der Not eines darbenden Volkes sich zu bereichern und die Verlegenheitsmode verbunderter Rationalisten um die verfeinerten Schulterm ihrer Frauen zu hängen. Diese Nepleute, unter denen der Prozentsatz von Juden, Armeniern und Grusinern besonders groß ist, sind Träger einer levantinischen Talmikultur, über deren groteske Häßlichkeit man lachen könnte, wenn man nicht fürs die Folie sehen würde, von der ihr proportnahes Leben sich abhebt: die Armut der Massen um den tragischen Untergang der früheren Bildungsschichten.

Während die früher Bestjenden Stück um Stück ihr altes Inventar verkaufen, um das nackte Leben fristen zu können, hamstert der „Nepmann" ohne tiefere Berührung und kühlerisches Feingefühl die wertbeständigen Gegenstände aus alten Schlössern und Palästen. Von dem Geschirr der Großfürsten zu essen ist freilich noch keine Wirgschaft für kulturelles Bestehen, und wenn auch die Heiligenbilder aus den beraubten Kirchen schließlich in die raffenden Hände des Nepmanns wandern, so sind ihm, der keinen Gott kennt als das Geld, die



Die Kirchenschätze bei den Neureichen

Gottesmutter und der heilige Sebastian nur Kapitalanlagen, die zugleich provenden Snobismus dienen: der typische Nepmann ist durchaus materialistischer Arbeit. Klassiker, Musik und Grammophon und die Symbole der Bildung und des „Fortschritts", und Fortritt zu schieben, ist das Hauptvisier aller Lebensalter. Zigeunermusik und Champagner, die Lieblingsgenüsse der alten russischen Gesellschaft, finden nun in den Nepleuten leicht animierte und gut zahlende Abnehmer.

Während sich die Lebenshaltung des Arbeiters außerhalb Moskaus und einiger anderen Großstädte kaum gehoben hat, während die Bauern und die früher bestjenden Kreise verproletarisierten, wurde der Nepmann der wahre Nutznießer der sozialen Revolution. Dennoch wäre es ganz verfehlt, zu erwarten, daß diese parvenuhafte Oberschicht den Anfang zu einer „neuen Gesellschaft" bildet. Ihr fehlt dazu jede Voraussetzung eines geistigen Ueberlegenheitsgefühl und einer kulturellen Gemeinsamkeit: die Nepleute werden ebenso rudimentär verschwinden wie unsere Inflationsgewinnler.

Die Anfänge zur Herausbildung einer „neuen Gesellschaft" liegen ganz wo anders: bei den gebildenen Beamten- und Arbeiterschichten, bei den Offizieren der Roten Armee, bei der neuen Intelligenz und dem Komsomolzen (Kommunistische Jugend). Sollte das Sowjetsystem Bestand haben, so werden diese Schichten immer mehr den Charakter einer modernen Gesellschaftsklasse annehmen, die sich von der Masse abfondert.

Dr. Max Fischer

Neue Unternehmungen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften hat das Institut für Anthropologie in Berlin neu eröffnet. Im Zusammenhang mit diesem Institut für Rüchmungsforschung im Bau, in dem die Gesellschaft zum erstenmal mit der Landwirtschaft zusammenarbeiten wird: ein kleines Versuchsgut wird angegliedert. Das neue Gebäude des Münchener Instituts für Psychiatrie wird im Anschluß an die Hauptversammlung der Gesellschaft eingeweiht werden. Das Berliner Institut für Herzforschung soll im Zusammenhang mit den großen Krankenanstalten der Stadt Berlin in Buch einen Neubau erhalten, das Institut für Arbeitsphysiologie nach Dortmund verlegt werden und in Verbindung mit der Universität Münster treten. Der jüngste Plan der Gesellschaft ist das in Heidelberg zu errichtende Institut für medizinische Forschung, das als Zentralinstitut für die Zusammenarbeit physikalischer, chemischer und physiologischer mit der klinischen Forschung gedacht ist.

Vorträge. Die Vereinigung der Freien Grab-Berlins veranstaltet am Mittwoch, den 6. Juni, abends 8½ Uhr im Bürgersaal des Friedenauer Rathauses einen Rückblicks-Vortrag über „Das neue, mittelalterliche und römische Leben".

Führer für die intelligente Frau

Von unserem Berichterstatter

London, 1. 6.

Heute wird das neueste Buch von Bernard Shaw veröffentlicht, der „Führer für die intelligente Frau zu Sozialismus und Kapitalismus". Damit haben die beiden Propheten des Sozialismus in England, Shaw und H. G. Wells, innerhalb von wenigen Wochen ihr sozialistisches Evangelium vorgelegt. Während Wells aber in seinem kürzlich erschienenen Buch die „offene Verschwörung der Intellektuellen" forderte, schrieb Bernard Shaw eine materialistische Uebersetzung. Sein Evangelium stellt die Forderung der Gleichheit des Einkommens. Die Forderung wird sich durch das ganze Buch hindurch. Shaw schreibt: Es ist skandalös, daß ein Vorstopfer für ein paar Minuten dieselbe Summe erhält, die der Erzbischof von Canterbury als Jahresgehalt bekommt. Ein Bankpimpler kommt für 6 oder 7 Minuten soviel wie ein hoher englischer Richter in zwei Jahren. Es ist unmöglich, sich nach Verdienst zu versichern. Das geht über menschliche Fähigkeiten hinaus. Aus diesem Grunde sollte man jeden Versuch aufgeben, menschliche Handlungen lediglich durch Geld zu verlohnen, sondern soll jedem das gleiche Einkommen geben. Dadurch würde sogar die Society prostituieren können. Die Herzogin, die zu ihren Gesellschaften nur Leute sieht, die über Hochschulen und Pferde sprechen, kann in Zukunft auch mit jedem Wiesbadener Kaufmann mit dem Sie über Literatur oder Mode sprechen kann. Die Erziehung in einem solchen neuen sozialistischen System würde nicht mehr idealistischer sein als das System, das Eton, Harrow, Oxford und Cambridge hervorgebracht haben. Die Ehepaare würden ebenfalls geändert werden. Scheidungen würden leichter gemacht werden als früher. Schließlich verreibiert Bernard Shaw das Eheproblem. Niemand könne in einer Gesellschaft ohne Konvention leben. Durch Konvention spare man Zeit und Gedanken. Je konventioneller man sei, desto leichter sei das Leben. Selbst der professionelle Reformer solle sich bemühen, konventionell zu sein; wenn er z. B. mit hohen Hacken zu Felde ziehe, so solle er Wert darauf legen, bei mit einbeinen zu marschieren. Dr. Karl Silex